



Prof. Dr. med. habil. Uwe Köhler

## Auf dem Weg zur Staatsmedizin?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Nachrichten zur internationalen und auch nationalen Lage verheißen wenig Gutes. Zu Beginn eines „Superwahljahres“, zumindest in Bezug auf die Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg, verfangen populistische Themen zunehmend und wir erleben nahezu tagtäglich die Spaltung unserer Gesellschaft.

Sie fragen sich jetzt vielleicht, was das alles mit unserer unmittelbaren ärztlichen Tätigkeit in Klinik und Praxis zu tun hat? Ich denke, eine ganze Menge. Als Berufsstand mit dem nach wie vor, zumindest nach allen mir bekannten Umfragen, höchsten gesellschaftlichen Ansehen tragen wir eine gemeinsame politische Verantwortung für den Erhalt und die Fortentwicklung unserer demokratischen Grundwerte. Dies sollten wir trotz der zahlreichen Unzulänglichkeiten und Beschwerden durch die gegenwärtige Gesundheitspolitik nicht aus den Augen verlieren!

Beispielhaft genannt sei an dieser Stelle die dringend notwendige gesetzliche Regelung für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung mit einer neu ausgerichteten und nachhaltigen Finanzierung (Krankenhausgesetz). Und wir brauchen ebenso dringend eine Vorschaltfinanzierung für die Transformation der Krankenhauslandschaft, um eine unkontrollierte Strukturbereinigung durch weitere Insolvenzen zu verhindern.

Das vor Jahresfrist vom Bundesgesundheitsminister vollmundig als „Revolution“ angekündigte Reformvorhaben droht noch vor dessen Umsetzung zu scheitern mit fatalen Folgen für viele Häuser. Das unausgegorene Krankenhaus-

transparenzgesetz als ein Baustein dieser Reform wurde Ende November 2023 vom Bundesrat zurecht an den Vermittlungsausschuss verwiesen.

Insofern bin ich nicht sehr optimistisch, dass ein tragfähiger Kompromiss zwischen Bund und Ländern zeitnah zustande kommt, da sich das Zeitfenster für so weitreichende politische Entscheidungen spätestens Mitte dieses Jahres schließt, einerseits wegen der anstehenden Landtagswahlen und andererseits wegen der dann bereits nahenden Bundestagswahl 2025.

Man hat den Eindruck, der Bundesgesundheitsminister, im Vertrauen nur auf seine eigene Kompetenz, verzettelt sich in einer Vielzahl angekündigter und dann doch zurückgestellter Reformvorhaben.

Augenfällig ist dagegen der Versuch einer zunehmenden staatlichen Einflussnahme auf unser Gesundheitssystem. Beleg dafür sind eine Reihe neu gegründeter Organisationseinheiten – zum Beispiel das Bundesinstitut für Prävention und Aufklärung in der Medizin (BIPAM) als Nachfolger der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), eine Bundesethikkommission, eine Nationale Digitalagentur und die de facto Aufwertung des Instituts für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen (IQTIG) gegenüber dem Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA) in Bezug auf die Qualitätssicherung.

Hinzu kommen Pläne, durch Apotheker Untersuchungen auf Risiken für Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Schlaganfall und Diabetes mit Beratungen anzubieten.

Diese Aufzählung soll genügen, um die zunehmenden Möglichkeiten eines staatlichen Dirigismus zu verdeutlichen.

Warum weise ich explizit auf die Gefahren einer schleichen- den „Verstaatlichung“ des Gesundheitssystems hin? Ich selbst gehöre mittlerweile zur Minderheit derjenigen, die ihr Studium, die ärztliche Weiterbildung und den Facharzt 1988 unter den Bedingungen eines ausschließlich zentralstaatlich gelenkten Systems absolviert haben und demzufolge einen Vergleich machen können. Ich weiß sehr genau, welche Unzulänglichkeiten eine staatlich gelenkte Versorgung beinhaltet und welche Chancen sich der Ärzteschaft in der ehemaligen DDR nach der Wende in Bezug auf eine freie Berufsausübung boten. Im Übrigen genügt ein Blick über den Ärmelkanal nach Großbritannien, um die negativen Folgen eines staatlichen Gesundheitssystems zu erkennen. Insofern sollten wir die ideologisch motivierten Aktivitäten in Berlin sehr aufmerksam beobachten, der Selbstverwaltung den Rücken stärken und immer wieder auf die negativen Folgen direkter staatlicher Einflussnahmen verweisen. ■

Prof. Dr. med. habil. Uwe Köhler  
Vizepräsident